



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Boehm, Max Hildebert: Reichswirtschaftsrat und Reichstag

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

überwinden vermag und durch weitgehende Heranbildung der Arbeiterschaft zur Beteiligung an der wirtschaftlichen Verantwortung der positive Beweis geliefert wird, daß nicht vom Marxismus und der von ihm bestimmten Arbeiterbewegung, sondern in der Fortbildung der wertvollsten Gedanken des Preußentums und des alten deutschen Wirtschaftsrechtes die Zukunft der breiten Schichten des Volkes ihre Sicherung hat.

Zunächst jedoch soll die neue Regierung zusehen, daß sie alle staatlichen Machtmittel so schnell und so fest wie irgend möglich in die Hand nimmt. Nichts erwartet man so sehr von ihr, als die endliche Wiederaufrichtung der Autorität des Rechtsstaates. Allen Unbesonnenheiten und allem Terror trete sie darum mit Entschlossenheit entgegen. Die ersten Wochen werden in der Beziehung entscheidend sein, sie zeigen allen unruhigen Elementen, was sie von der neuen Regierung zu erwarten haben.

Möchte die Sachlichkeit und Nüchternheit der Neugewählten jenseits der Schlagworte und der schematischen Parteischablone endlich die Besten und Zuverlässigsten an die Spitze des Staates bringen. Solche Entfugung würde wie nichts anderes den Rechtsparteien das Vertrauen des Volkes gewinnen. Vermittler, nicht Organe des Volkswillens sind die Parteien, wenn sie ihren Sinn im Staatsleben recht verstehen.

9. 6. 20.



## Reichswirtschaftsrat und Reichstag

Von Mag Hildebert Boehm



ie Zeitungen verkünden mit Riesentypen den Ausgang der Wahlschlacht, tagelang ist das Leserinteresse auf nichts anderes gerichtet. Die neuen Abgeordneten des Deutschen Reichstages sind die unbesrittenen Helden des Tages. Dies das Bild. Und nun das Gegenbild. An bescheidener Stelle bringen dieselben Zeitungen die fortlaufende Liste der Entsendungen in den Reichswirtschaftsrat. Man erinnert sich unwillkürlich, daß auch die Beförderung unserer alten tüchtigen und gewissenhaften Beamenschaft in unscheinbaren trockenen Listen in der Beilage der Zeitung angezeigt wurde. Der parlamentaristisch zerrüttete Regierungsapparat schafft es heute nicht mehr, die lebendigen Kräfte des arbeitenden Volkes werden zur Sanierung unserer Wirtschaftspolitik aufgerufen. Aber während durch Wahlkampf und Wahlsensation die Leidenschaften demokratisch nivellierter und zerpulverter Urwählermassen zu ungeheuren Staubwolken aufgewirbelt werden, entsenden die schaffenden Stände auf eine vornehm ruhige Weise ihre Boten in das neue Wirtschaftsparlament. Daß es ungefähr gleichzeitig mit dem neuen Reichstag zusammentritt, daß damit eine neue Unbekannte in die kombinatorischen Gleichungen der politischen Prognose eintritt, wird fast völlig übersehen. Wie mißtrauisch die herrschende Parlamentsregierung dem neuen Akteur auf der politischen Bühne

entgegensteht, spiegelt sich in dem grotesken Unvermögen, ihm ein Hüfing zu beschaffen. Schon spricht man davon, daß aus diesem lächerlichen Grunde der Zusammentritt des Reichswirtschaftsrates verschoben werden soll. Ob der Reichstag den Vorsprung so nötig zu haben glaubt? Sollte nicht auch der Schein vermieden werden, als legte man auf diesen Vorsprung Wert?

Die Forderung einer Vertretung des körperschaftlich gegliederten Wirtschaftsgefüges der Nation ist hier seit längerem vertreten worden.<sup>1)</sup> Es soll nicht der Anschein erweckt werden, als sähen wir auch nur in dem endgültigen Reichswirtschaftsrat der Weimarer Verfassung eine irgend befriedigende Lösung des Problems. Ganz abgesehen von seinem unorganischen Aufbau ist der Reichswirtschaftsrat des Art. 165 als bloß begutachtendes Organ von vornherein in seinen Machtbefugnissen äußerst beschränkt. Seine künftigen initiatorschen Befugnisse gegenüber dem Parlament sind dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat noch dazu entzogen. Rein formal ist dessen Geltung also äußerst gering. Das Entscheidende ist jedoch, daß wir aller Voraussicht nach Situationen entgegengehen, wo unmittelbar drängende Not alle Formalien zermürben und zerschlagen wird. Nicht die bewilligte, sondern die tatsächliche Macht wird entscheiden. Man entsinne sich des März-Ultimatums der Gewerkschaften und man beachte Paul Lenschs bedeutsamen Kommentar dazu! Aus diesen Vorgängen droht die Diktatur des Proletariats. Durch die Hilflosigkeit des neuen Parlaments, über die die „rote Fahne“ bereits frohlockt, kann leicht das parlamentarische System bei der gegenwärtigen Kräftelagerung ad absurdum geführt werden. Es kann der Augenblick kommen, wo der Reichstag für bestimmte Konstellationen in der Kabinettsbildung den Reichswirtschaftsrat als Stütze geradezu braucht. Deshalb ruht auf dem letzteren heute eine ungemaine Verantwortung. Die schlechthin entscheidende Frage ist, ob es dem Reichswirtschaftsrat gelingt, tatsächlich die Wirtschaft als solche darzustellen und ihren geschlossenen Willen zu verkörpern. Das aber ist eine Frage der Tragfähigkeit der „Arbeitsgemeinschaft“, die vor ihrer Feuerprobe steht.

Wir verkennen nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich vor dem Reichswirtschaftsrat auftürmen. Seine Grundlage, die Arbeitsgemeinschaft, ist dualistisch. Da lauern Zersperrungsgefahren. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind streng getrennt, ängstlich wacht der Entwurf über paritätischer Vertretung der beiden unorganisch geschiedenen Kategorien. Das wirtschaftliche Gemeingefühl, das erst in Jahrzehnten aus der Arbeit der neuen Institutionen hervorsprossen soll, kann heute weniger vorausgesetzt werden als je. Das Generalstreikgespenst geht um, die radikale Linke verteilt im Norden Berlins Handzettel, in denen die Arbeiter zu planmäßiger Verproviantierung aufgefordert werden. Die Gewerkschaften, die nach Lensch die Parteien abzulösen suchen, sind ihrerseits von einer Parteiagitation zerfetzt, die das Vertrauen zu den besonnenen Führern untergräbt. Allenthalben droht noch immer das Chaos, die Atmosphäre ist durch die Wahlaufwühlung überhitzt, im Parlament, in den Parteien selber, in den Klassen und Ständen und in ihren Verkörperungen stehen sich Kräfte und Gegenkräfte sprungbereit gegenüber. Auch die partikularistischen Strömungen im Süden des Reiches ziehen, wie aus sicheren Anzeichen zu schließen ist, aus alledem neue Nahrung.

<sup>1)</sup> Vgl. dazu Dr. Alexander Ningleb, Kammer der Arbeit in Nr. 15 und meinen Aufsatz Die Parteien und der körperschaftliche Gedanke in Nr. 11/18 der Grenzboten.

Es möchte eine dankbare Aufgabe für eine souverän über den Gegensätzen stehende Bismarck-Natur sein, auf den Instrumenten des hilflosen Reichstags und des schüchternen Reichswirtschaftsrats zugleich spielend, das Widerstrebende zusammenzureißen und dadurch mit starker Hand das Ganze mitzureißen. Wir sehen den überragenden Mann nicht und wußten nicht, woher er plötzlich kommen sollte. Gämisch weist die „Rote Fahne“ dem Reichspräsidenten Ebert die Mission zu, gestützt auf die militärischen Machtmittel, diese Rolle zu „spielen“ und damit endgültig auszuspielen. Mit ihm soll das Volk abdanken und die Masse auf den Thron steigen. Wir bescheiden uns und halten nach Männern Umschau, die innerhalb von Reichswirtschaftsrat und Reichstag als Bindekräfte wirken können. Wir erinnern daran, daß Männer von wirtschaftlichem Führerruf und starker persönlicher Geltung beiden Körperschaften angehören. Darin liegt ohne Zweifel die Gefahr, daß parteipolitische Vereinfachung auch in den Reichswirtschaftsrat übergreifen kann, wo auf autonome wirtschaftliche Sachlichkeit alles ankommt. Wir möchten aber doch auf die Hoffnung nicht verzichten, daß umgekehrt die Sachlichkeit der wirtschaftspolitischen Einstellung heilsam auf die parteipolitische Zerfetzung des Reichstags zurückwirken kann, zumal es sich teilweise um Männer handelt, die ungleich sicherer im wirtschaftlichen als im parteipolitischen Sattel sitzen. Die doppelte Bindung schafft Gemmnisse, aber sie bietet auch ganz neue Möglichkeiten, für die die Vorgänge noch gänzlich fehlen. Da aber liegt der Ansatz zur Überwindung des leerlaufenden Mechanismus, der Ansatz zur schöpferischen Tat.

Wir blicken alle auf die entscheidenden Verhandlungen, die unserer neuen Regierung in Spa bevorstehen. Wir beachten aber kaum, daß „Spa“ bereits im Gange ist. Führende deutsche Wirtschaftler verhandeln in der Stille in Paris mit den dortigen inoffiziellen Kontrahenten der kommenden Wirtschaftsverträge. Das können die eigentlichen Waffenstillstandsverhandlungen der wirtschaftlichen Generalstäbe beider Länder sein, unter die nachher die offiziellen Machthaber im wesentlichen ihr Siegel setzen. Der Vorgang ist bedeutsam. Nicht „Macht“ zu „haben“, sondern Macht zu sein: darauf kommt es in kritischen Zeiten in erster Linie an. Aber auch der beste Generalstab ist nur dann eine Macht, wenn er nicht nur Köpfe in sich beschließt, sondern auch eine Armee hinter sich hat. Generalstab und Armee stehen heute auch in der Wirtschaft nicht mehr zueinander, wie vor dem Krieg. Der Reichswirtschaftsrat hat bereits in der Arbeitsgemeinschaft einen festeren Unterbau, er ist bereits eine paritätische Vertretung des werktätigen Volkes. Nur wenn die organische Umwandlung der bürgerlichen Parität, die den Massenkampf letzten Endes doch nur stundet, zu korporativer Solidarität, zu wahrer wirtschaftlicher Gemeinverantwortung gelingt: nur dann wird die künftige Kammer der Arbeit den Parlamentarismus erfolgreich in die Schranken verweisen können, innerhalb deren er gute und erfolgreiche Arbeit zum Wohle des Volksganzen leisten kann.

9. 6. 20.

